



Keupers

kritischer

Kommentar

09-02-2016

September 2016

Eine neue Zeit braucht auch eine neue Politik.

Diese Feststellung trifft Leonard Novi in einem Artikel in Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, vom Mai 2016. Er schreibt unter anderem: „Die Umbrüche der Gegenwart, vom Umgang mit Flüchtlingen bis zu den neofeudalistischen Tendenzen des digitalen Kapitalismus, lassen die Erkenntnis, dass, das Eintreten für eine gerechtigkeitsorientierte Politik, nicht nur eine schöne Sache, sondern sozialpolitisch geboten, aktueller erscheinen denn je“.

Die SPD sollte, ja, müsste den Umstand nutzen, dass die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass die Gesellschaft sich grundlegend verändert, dass sich tief greifende Umbrüche abzeichnen. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung, einer sich verändernden digitalen Arbeitswelt und dem sogenannten demografischen Wandel infolge des Älterwerdens der Menschen, können wir uns ungleiche Teilhabemöglichkeiten in Zukunft nicht leisten. Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, in der (Weiter-)Bildung und im Gesundheitswesen, muss das Ziel sein und ist die Voraussetzung für mehr Innovation und Produktivität.

Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität,

sind die Zielwerte einer positiven Zukunftsentwicklung unserer Gesellschaft und sollten Inhalt einer sozialdemokratischen Zukunftspolitik sein!

Eine Politik, die das sozial Erstrebenswerte aufzeichnet, könnte den Bürgerinnen und Bürgern die Angst nehmen, vor der sich abzeichnenden neoliberalen Gesellschaftsform des Egoismus, der individuellen Freiheit Einzelner, der Bourgeoisie und Reichen, und einer radikalen Abhängigkeit der Masse der Bevölkerung. Quasi ein moderner Rückfall in die Zeit vergangener Jahrhunderte, die Zeit der Abhängigkeit, des Feudalismus.

Dieser Entwicklung müssen wir Sozialdemokraten unsere Vision einer zukunftsorientierten sozialen Gesellschaftsform, einer Politik für eine solidarische Gemeinsamkeit entgegensetzen!

Wahlen entscheiden Stimmungen, weniger sachpolitische Programme!

Mit solch einer politischen Einstellung, mit einem Zukunftswahlkampf sollte die SPD in den Bundestagswahlkampf ziehen. Denn es wäre vollkommen falsch, die Bundestagswahl zu einer Abstimmung allein über die erfolgreichen sozialen Beschlüsse hinsichtlich Mindestlohn, Rente mit 63 und der „Flexi-Rente“, oder den sozialen Veränderungen im Arbeitsrecht oder auf dem Arbeitsmarkt zu machen, wenn sich dadurch auch die Handschrift der Sozialdemo-

kraten abzeichnet. Auch bezüglich der geplanten steuerlichen Entlastung der „arbeitenden Mitte“, ist klar zu erkennen, dass es sich um eine reine Wahlstrategie handelt. Eine angeblich vorhandene Wirtschaftskompetenz wird auch nicht die Wählerinnen und Wähler von den Stühlen reißen und ein Wahlprogramm über -zig Seiten, in dem allen alles versprochen wird, wird die Menschen im Lande nicht dazu bringen, bei der SPD vorrangig ihr Kreuzchen zu machen. Die Wählerinnen und Wähler wägen ab, ob die Aussagen der Partei, die Aussagen der Kandidaten und Repräsentanten ihren Vorstellungen oder Ansichten ansprechen und ihren oft sehr persönlichen Wertvorstellungen genügen.

Als glaubwürdig empfinden die Menschen die Parteien und die Politiker, deren Reden, deren Handeln ihnen das Gefühl geben, dass Werte, Botschaften und Taten im Einklang miteinander stehen.

Die Zukunft gestalten sollte das Ziel der SPD sein.

Olaf Scholz schreibt im Magazin „Berliner Republik“, Heft 3/2016: „In der Politik muss man über lange Zeit hinweg das Richtige tun, damit die Wähler Vertrauen fassen. Nötig sind plausible Konzepte und ein klarer Kurs.“ Und an anderer Stelle: „Die Bürgerinnen und Bürger wählen nicht politisch. Sie wollen wissen, woran sie mit uns sind und wofür wir (auch langfristig) stehen. Sie wollen das Gefühl haben, dass das, was die Partei vorschlägt, innerer Überzeugung entspricht und keinem Wahlkampfkalkül.“

Diese Ausführungen vom Genossen Scholz beschreiben treffend das nötige Vorgehen, das erforderliche Argumentieren der Sozialdemokraten bei der kommenden Bundestagswahl. Es ist so, als glaubwürdig nehmen die Menschen solche Politiker, solche Parteien wahr, deren Aussagen und Handeln im Einklang miteinander sind, wenn die Vision einer Zukunftsentwicklung in sich schlüssig und durchsetzungsfähig ist. Machen wir uns daran, die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger sozial zu gestalten, im Sinne von demokratischer Freiheit und solidarischer Gemeinsamkeit. **Gestalten wir die Zukunft für Deutschland, für ein vereintes Europa, dann wird, frei nach Olaf Scholz, aus der SPD auch wieder eine Kanzlerpartei!**

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 18.09.2016,

Heinrich Keuper